

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: vierteljährlich 2,40 M.
Außerdem Postgebühr.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Hg., Beilage
je 100 Hg. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 272

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 21. November 1919.

Jahrgang I.

Meine Zeit steht in Deinen Händen.

Psalm 31 v. 16.

Zeitbilder.

In Schnee und Eis feierte am Sonntag, den 9. November Berlin den ersten Jahrestag der Revolution. Eine Feierstimmung war freilich nirgends zu spüren. Sie war verloren in der eiligen Winterkälte, die in diesem Jahre vorzeitig eingekehrt hat. Sie wäre auch nicht aufgenommen, wenn an diesem Novembersonntage die Sonne geschienen hätte, denn dazu laßt der Druck der Zeit zu schwer auf dem deutschen Volk. Die Revolution hat nicht gehalten, was sie ihre Herolde von ihr versprochen haben. Statt den Frieden, den sie versprochen hat, ist der Bürgerkrieg, ist Knechtschaft nach außen gekommen, statt des Brotes, das versprochen worden ist, ist in den großen Städten eine Arbeitslosigkeit von nie zuvor bekanntem Umfange eingetreten. Statt der Arbeit, die versprochen worden ist, ist das Sinken der Produktion zu verzeichnen gewesen. Die Unabhängigkeit, Freiheit und Ehre des Vaterlandes ist durch den Versailler Schmachfrieden vernichtet worden. Das alles sind Dinge, die keine freudige Stimmung auskommen lassen. „Revolutionen mitten im Kriege bedeutet natürlich sofortige Niederlage, wenn ihr nicht etwa eine Revolution im feindlichen Lande entspricht“, schrieb unlängst treffend die sozialistische Korrespondenz. Gewiß, wir sind das freieste Volk der Erde geworden, aber jetzt muß man das bekannte Bibelwort umwenden, indem man sagt, der Mensch lebt nicht von politischen Rechten allein, sondern auch von Arbeit und Brot. Arbeit und Brot aber, diese beiden Lebensbedingungen, die hat die Revolutionsregierung bis heute noch nicht in wünschenswerter Weise schaffen können, und darum verlieren alle die politischen Freiheiten, die uns der November 1918 gebracht hat, viel von ihrem Werte. Auch auf diesem Gebiete hat die politische Valuta der Revolution einen ungeheuren Kurssturz erlebt, von dem sie sich vielleicht nie ganz erholen dürfte. Gewiß, die Zeit ist noch nicht gekommen, wo es möglich ist, ein ganz objektives Urteil über die Beweggründe und die Wirkungen der Revolution zu bilden. Dazu ist die Zeitspanne, die zwischen dem kaiserlichen Deutschland von gestern und dem republikanischen von heute noch zu kurz. Wir wissen nicht, wie das Antlitz der Welt aussehen wird, wenn einmal die revolutionäre Periode zu einem gewissen Abschluß gelangt. Was wir heute sehen, ist das Sichauswirken der in unserer Zeit lebenden Kräfte und Ideen, ist ein Trümmer- und Ruinenfeld auf geistlichem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Seele unseres Volkes gleicht heute dem verwüsteten Sommersfeld. Wir müssen von neuem auf allen Gebieten wieder aufbauen. Ein Neuaufbau auf geistlichem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete, von nie gekanntem Umfange, muß sich vollziehen, wenn wir einer erträglichen Zukunft entgegensehen wollen. In dieser Lage sucht der Blick immer nach Vergleichungspunkten in der Vergangenheit. Denken wir an die Reformationsperiode. Vor der Reformationszeit tobte sich die wilde Kraft der damaligen Zeit im Hufstentode, während der Reformationszeit im Bauernkriege und nach derselben in dem entsetzlichen 30-jährigen Kriege aus. Wir stehen heute den Zeitergebnissen von damals entsetzt genug gegenüber, um uns ein objektives Urteil zu bilden. Wir sehen heute nicht mehr so stark die Schlag Schatten jener Zeit, als vielmehr ihre Lichtseiten und das, was von bleibendem Werte aus der Reformationsperiode auf unsere Zeit herübergekommen ist. Heute müssen wir aber in bezug auf unsere Verhältnisse mit dem Propheten Jeremias hinstand sprechen: „O, du Schwert des Herrn, laß in deine Scheide und sei ruhig und still.“

Immerhin gibt es mitten in der traurigen Gegenwart doch auch hoffnungsvolle Zeichen, das wirtschaftliche Leben fängt wieder an, zu erstarren, die Industrie ist mit Aufträgen versehen, es scheint, als ob der wirtschaftliche Genesungsprozeß bereits eingesetzt hätte. Natürlich sind wir noch nicht über den Berg. Ein einziger Rückschlag kann alles hoffnungsvolle Leben vernichten. Aber immerhin neues Leben scheint aus den Ruinen zu blühen.

Ein zweiter Hoffnungsschrahl ist die Gründung der

Arbeitsgemeinschaft,

die bisher in der Öffentlichkeit wenig bekannt war, deren Wirkungen aber sich im wirtschaftlichen Leben bemerkbar zu machen beginnen. Der große Gedanke der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital ist durch sie verwirklicht worden. Das, was sich schon vor der Revolution angebahnt hatte, ist durch sie zur beschleunigten Auswirkung gebracht worden. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben sich in der Erkenntnis, daß Arbeit und Kapital aufeinander angewiesen sind, nach langen, schweren Kämpfen zusammengefunden. Die Wirkung, die diese Vereinigung bisher gezeitigt hat, ist für das wirtschaftliche Leben außerordentlich günstig gewesen. Bereits hat die Arbeitsgemeinschaft sich praktisch an der Gesetzgebung betätigt. Sie hat mitgewirkt bei der Einführung des Achtstundentages und bei anderen einschneidenden wirtschaftlichen Gesetzen. Es ist freilich nicht zu leugnen, daß sich im Lager der Industrie zuerst natürlich eine geteilte Meinung geltend gemacht hatte. Aber die Bedenken sind geschwunden und es scheint, als ob eine einheitliche zustimmende Ansicht vorhanden wäre. Im Lager der Arbeitnehmerorganisationen waren es die freien Gewerkschaften, die zum Teil dieser Vereinigung zweifelnd gegenüberstanden und auf der Stuttgarter Gewerkschaftstagung ist viel Kritik an dieser Arbeitsgemeinschaft geübt worden, aber bis zur Stunde ist es gelungen, die Kritik zum Schweigen zu bringen und einer ruhigen Auffassung Platz zu machen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann wird sich aus der Arbeitsgemeinschaft das erhoffte Industrieparlament entwickeln.

Ein zweiter Hoffnungsschrahl ist der Reichsarbeiterausschuß, der sich während der Revolution gebildet und sich am 14. Juli d. J. endgültig konstituiert hat.

Der Reichsarbeiterausschuß

will im Geiste des christlichen Sozialismus, aber im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei im Interesse der Arbeiterschaft wirken und die von Stöcker gegründete christlich-sozialistische Partei hat sich während der Revolution aufgelöst. Ihre Ideen sind freilich nicht veraltet, ebenso wenig ihr Programm. Im Gegenteil, in der Gegenwart haben sie ihre siegende Kraft erst recht zu bewahren, aber für die neuen demokratischen Verhältnisse mußte eine neue Form gefunden werden. So kam es, daß sich ein Reichsarbeiterausschuß bildete, der auf dem Boden der Deutschnationalen Volkspartei die alten christlich-sozialen Gedanken verwirklichen will. Bei den letzten Wahlen sind sowohl in die Nationalversammlung, als auch in die anderen staatlichen und städtischen Körperschaften eine große Anzahl ausgesprochener christlich-sozialer Abgeordneter gewählt worden.

Am 2. November hat in Hagen in Westfalen die erste

Arbeitertagung

stattgefunden, die einen ausgezeichneten Verlauf genommen hat. Der Abgeordnete Behrens wies in seinem großangelegten Vortrage nach, weshalb die christlich-national gestimmten Arbeiter heute in einer so großen Partei ihre Interessen vertreten wissen und bewies auch, warum in erster Linie die Deutschnationalen Volkspartei für die christlich-national orientierten Arbeitermassen als Vertreter ihrer

Interessen in Betracht kommt. Dieser grundlegende Vortrag, sowie die beiden anderen Referate über „die deutsche Arbeiterschaft und die Reichsverfassung“ und über „die treibenden Ideen in unserer Zeit“ werden demnächst im Druck erscheinen. Sie dürften ein gutes Werbe- und Aufklärungsmittel werden. Der Hagerer Arbeitertag hat jedenfalls zur Klärung der Anschauungen außerordentlich viel beigetragen und man wird sagen können, eine enge Massenbrüderlichkeit ist zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung geschlossen worden. Von der Haltung der deutschnationalen Volkspartei wird es nun abhängen, ob diese Massenbrüderlichkeit zu einer Schicksalsgemeinschaft sich auswächst, denn heute gilt für jede große Partei die Forderung: wer die Arbeiterschaft hat, der hat die Zukunft, aber nur der hat die Arbeiterschaft, der die Ideen der Zeit erkennt und bereit ist, die Zeitforderungen zu erfüllen.

Paul Rüffer.

Deutscher Arbeitsbund

zur Förderung von Arbeits- und Siedlungsgemeinschaften.

Aber das Unternehmen des Herrn Hauptmann Schumde, welcher mit Freiwilligen aus den Truppenverbänden sich zusammenschloß und in Wölpe Arbeit im Bergwerk übernahm, haben wir früher schon berichtet. Die Erträge der Arbeit sollten dazu dienen, den Arbeitern die Möglichkeit zur Ansiedlung zu schaffen. Inzwischen haben sich die Beteiligten zu einer festen Gemeinschaft unter dem Namen „Deutscher Arbeitsbund“ zusammengeschlossen. Am 26. und 27. Juli hielt der Bund in Helmstedt seine erste, größere Hauptversammlung ab, in der ein Vorstand gewählt, Sitzungen beraten und angenommen wurden. In den Besprechungen traten Meinungsverschiedenheiten in der Frage zutage, ob zu einer Wirtschaftsheimstätte 2 bis 3 Morgen oder richtiger nur 1/2 Morgen Land gehören dürfe. Es wurde betont, daß in den meisten Fällen dem Arbeiter die Zeit fehle, neben seiner eigentlichen Berufstätigkeit 2-3 Morgen gründlich bearbeiten zu können.

Die größte Schwierigkeit in der Herstellung von Heimstätten sei der Mangel an Baustoffen. Selbsthilfe der Arbeiter durch Benutzung der am Platze vorhandenen Baustoffe (Lehmbauten) und gegenseitige Unterstützung müßten über die augenblickliche Not hinweghelfen. Für Braunschweig-Sachsenland werden der Vorsteher Dr. Osterrieth und Hauptmann Schumde die Verhandlungen mit den betreffenden Instanzen so beschleunigen, daß in Wölpe bald mit der Errichtung von Heimstätten begonnen werden kann.

Das Schicksal des Versailler Vertrages.

Amerikanische Vorbehalte.

Präsident Wilson findet mit seinem Versailler Friedensdokument wenig Gegenliebe bei seinen Landsleuten. Der amerikanische Senat hat bereits eine derartige große Menge von Vorbehalten zum Friedensvertrag sowie zu dem Völkerverbündnisabkommen angenommen, daß eine Annahme des Vertrages in dieser Form einer Ablehnung nahezu gleichkommen würde.

Die Hauptursache der ablehnenden Haltung der amerikanischen Senatsmehrheit ist in den Bestimmungen des Völkerverbündnisabkommens zu suchen. Der Amerikaner erblickt in der Unterwerfung unter die Anordnungen dieses Abkommens eine Enttarnung des ame-

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

hrt. Auf allen Verhandlungen dem Reichstag vergänglich auf streuten sich bald umfangreiche Abgabenentlastungen aus dem Reichstag

des Reichstages gaben, die Abgaben zur Verleisung auf die seine Vorbehalten, seine Erhaltung, seine Erhaltung und glücklichen der Zeuge

Erklärung erhebt Beurteilung zu bedingend gegen ihn

es liege seinen nach wie vor nach dem dieser den Gegenstand gegenheiten, die weit er zu so habe sich ledig Sohn Rede und schuld gewinnliche fragen des werden kann. nistverweigerung. der Verpflichtung, ein dieser Mit Rede und Ant und zwar weder auf Grund der

klärung auf die in dazu veran und Antwort zu

zum Ausdruck is nicht fähig. dung des Zeug sich vielmehr ng von Mitglie rbehalten. erichts fortsetzt lweg in einer der Presse, ihren parteipolitischen vorwiesung erfolgt ist n auch im Aus ferung habe das die Folgen der Krieges im Un n sich eine wieder kehrt die -Krieg als ein im Anschluß che Frage zu in Hollweg mit daß wir Belgien in der Hand der Helffer die als der ganze schänigen, eine Belgien ab-

wieder auf un- Die einlage von dem Kriege Graf Bernstorff staaten mit der en. Verhmann te Verhandlung

zen, lieber Sohn. geht um". Eine und Diebstahl daß du nicht zur verbittens sollst hat wieder flott Mutter zurück: n! Wir ich höre, u hast es bei dem

au über das ehe bliebene Teil so Erregung Riese ndliches. Wir er ie Frau zur Un vorgekommen, daß ineindrängen... eine nicht un Mädchen, die füt ntere Pest waren, nischenwerte und treten zu lassen. ird das Ge- ondern auch für viele erschule, und erlichen Umgang asamen Haft ver

ist es, die unser sind die Kauf- wegen Mißhand- der Zahl bestraft Lust hänge n gar oft find die gefährlichsten Brantwein und

eintritt, gab der Auffassung Bernstorffs recht, bezweifelte aber daß Wilson in der Lage war, bestimmend auf die Entente einzuwirken. Er glaubt auch, daß selbst der Eintritt Amerikas in den Krieg nicht notwendig zum Frieden von Versailles führen mußte. Er hielt es für unmöglich und hält es heute noch für unmöglich, daß Deutschland sich damals völlig in die Hände Amerikas geben könnte.

Wie vorausgesehen war, hatte die Vernehmung am Montag wenig neue Tatsachen ergeben. Viel bedeutungsvoller wird die Vernehmung Hindenburgs sein. Am sein Erscheinen vor dem Untersuchungsamt auf alle Fälle zu ermäßigen, hat die Sicherheitswehr weisungsmäßig umfassende Maßnahmen getroffen. Es wird der Weg des Feldmarschalls zum Reichstagsgebäude von starken Kräften der Sicherheitswehr besetzt und jeder Versuch einer Durchbrechung der Sperre, von welcher Seite er auch kommen sollte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unbedingt verhindert werden.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 17. November.

Die große politische Ansprache.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Präsident ein Telegramm des Deutschen Volksbundes des Ostpreußenlandes, der darüber klage führt, daß dem Lande das Selbstbestimmungsrecht entzogen sei und nachdrückliche Vorstellungen der preussischen Regierung dagegen verlangt.

Die mit großem Interesse erwartete Antwort auf die mehrheitssozialistische Anfrage, wie die Regierung sich zu der geistigen Durchdringung der besetzten Gebiete durch die Franzosen verhalte, erklärt der Ministerpräsident erst morgen geben zu wollen.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts der preussischen Regierung mit einer längeren Rede des Zentrumsgesandten Kist-Essen fortgesetzt. Wenn die Parteien der Regierung auch eine Arbeitsgemeinschaft beschaffen haben, so behält nach Ansicht des Redners doch jede Partei ihre Entscheidungsfreiheit und Bewegungsfreiheit. Wo waren die Parteien der Rechten, als zu den Friedensbedingungen Stellung genommen und die Verantwortung dafür übernommen werden sollte? Freilich, Kritik zu treiben ist immer leichter. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen konnte sich keine Regierung billiger einrichten als die Koalitionsregierung. Das altpreussische Sparsamkeitsprinzip hatte auch seine Schattenseiten, so in der Beschaffung der Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn. Darauf ist der Umsturz im Eisenbahnbereich mit zurückzuführen. Die Arbeiterräte und Beiräte gehören jetzt öffentlich der Vergangenheit an. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterchaft will von politischen Butschen und Streiks nichts wissen. (Lebhafte Zustimmung.) Solange die Umstürzsbewegungen andauern, halten auch wir mit dem Ministerpräsidenten den Belagerungszustand für notwendig. (Lebhafte Beifall, Lärm bei den Unabhängigen.)

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Zentrumsgesandten sprach der Abg. Oberbürgermeister Dominicus (Dem.): Wir beurteilen die Art der Deutschnationalen, einen großen Mann wie Hindenburg nur für sich in Anspruch nehmen zu wollen und Demonstrationen für ihn parteipolitisch auszunutzen. Wir beurteilen weiter die antisemitische Propaganda sowie die Art, wie sich die Deutschnationalen an dem Reichspräsidenten reiben zu können glauben. Wenn der Ministerpräsident von der Einheitsfront der Arbeiterchaft gesprochen hat, so können wir eine etwaige Deutung dahin, daß die eine Front von der Arbeiterchaft, die andere von der Bourgeoisie dargestellt werde, nicht mitmachen. Besonders nahe geht uns das Gend der unglücklichen 90 000 deutschen Beamten, die von der „ritterlichen“ Nation aus Elend-Verdrängen von Habe und Hof vertrieben worden sind. (Lebh. Zustimmung.) Soweit sie preussische Staatsangehörige sind.

Die Völlerei überhaupt, welche die rohen jungen Leute aufeinanderheben. Aber die Schwelgerei ist's wieder nicht allein; sondern mit ihr geht Hand in Hand die Sonntagsentheiligung. Der Sonntag wird zum Sauftag gemacht; nach Kirche und Gottes Wort fragt man nicht, sondern will an diesem Tag allein seiner Lust leben. Was Wunder, wenn gerade an den Sonntagen und Feiertagen die meisten Vergehen und Verbrechen gegen die Person des Nächsten geschehen! Viele der jungen Leute, die ins Gefängnis kommen, sind seit ihrer Konfirmation nicht mehr in der Kirche und unter den Schall des Wortes Gottes gekommen. So führen uns die traurigen Zustände, die wir vom Gefängnis aus erblicken, auf die Gottentfremdung vieler Kreise unseres Volkes als auf den tiefsten Quell des Elends. ... Ja das Gesängniselend ist sehr groß und zeigt uns, wie tief das sündliche Verderben unser Volksleben durchdrungen hat. —

Erschüttert stehen wir solchem Verderben gegenüber. Aber dabei soll es nicht sein Bewenden haben. Wir müssen zur Tat schreiten. Die Gefangenen sind unsere Brüder und Schwestern; ihre Seelen sind uns aufs Gewissen gebunden; von uns werden sie dereinst gefordert werden, wenn wir nichts zu ihrer Rettung getan haben. Wie der Herr Jesus sich den Zöllnern und Sündern gegenüber nicht vornehm in den Pharisiäermantel gehüllt, sondern sich zu ihnen in herzlicher Liebe herabgelassen hat, so wollen auch wir uns der Gefangenen annehmen, so viel wir können, die Gefangenenfürsorge der Kirche dankbar begrüßen, die Tätigkeit der Inneren Mission, die sich ja auch auf die Gefangenen erstreckt, nach Kräften unterstützen, den entlassenen Gefangenen, die wieder ein ehrliches Leben führen möchten, eine hilfreiche Hand reichen und ihnen mit Vertrauen entgegenkommen, um so zu retten, was sich noch retten lassen will. Die Zeit ist ernst und die Gelegenheit, Gutes zu tun, vielleicht kurz. Darum tut Eile not. Wohl dem, der das erkennt, und getrieben von der Liebe Christi, die zu retten liebt, was verloren ist, danach handelt!

muß Preußen sie auch unterdrücken. Das Problem Groß-Dehringen muß von der preussischen Regierung klarer behandelt werden. Der Belagerungszustand ist aufrecht zu erhalten, solange die Notwendigkeit vorliegt. Im weiteren Verlauf seiner Rede wendet sich der Abg. Dominicus gegen den Antrag der Unabhängigen, den 9. November zum Feiertag zu erklären.

Als nächster Redner sprach der Unabhängige Abg. Ludwig: Die Rede des Ministers Hirsch war ein Bild der Hilflosigkeit der sozialdemokratischen Minister in der Regierung. Sie sollten doch lieber freiwillig gehen, ehe sie hinausgeworfen werden. Sie sind ja bereits ausgeschaltet. Soweit sie den Belagerungszustand dulden, verleiern sie Verachtung.

Finanzminister Dr. Südekum: Zwischen den beiden Gruppen rechts und links steht die Masse des Volkes, das sich müht, in dem Unglück die Spuren der Besserung aufzufinden. Frei müssen wir werden von dem Friedensvertrag. (Lebh. Beifall.) Preußen hat sich groß gehungert, Deutschland wird sich frei hungern müssen, frei streuen müssen, frei träumen und, wenn es notwendig ist, frei rasen. (Bewegung.)

Der Friedensvertrag von Versailles ist nicht das letzte Wort.

Die Herrschaft Englands über sämtliche Rohstoffgebiete wird man nicht extragen können. Unsere politische Methode muß sein: Ruhe, Stetigkeit, Ordnung und Entschlossenheit in unserer Verordnungen. (Lebh. Beifall.) Es ist ausgeschlossen, in wenigen Minuten nach einem so furchtbaren Zusammenbruch alles so laufen zu lassen, wie man es sich wünschte. Wenn Sie eine Spur von Gerechtigkeitsgefühl hätten und nicht besangen wären, müßten Sie sagen, daß die Leistung des deutschen Volkes seit dem 9. November 1918 bis zu diesem Tage eine bewundernswerte Leistung ist. Das ist ein Beweis für die Lebenskraft dieses Volkes und für mich ein Ansporn, nicht müde zu werden in meinen Bemühungen, das Volk wieder in die Höhe zu bringen. Das können wir, wenn wir nur entschlossen zusammenarbeiten. Nicht in dem Sinne, daß wir die Parteinteressen vernachlässigen, aber wir können verlangen: Unterordnung der eigenen politischen Aspirationen unter die Bedürfnisse der Gesamtheit. Daher keine Handgelenke von links und keine Beschuldigungen von rechts. (Lebh. Beifall.) Dann eine politische Arbeit auch im Parlament, die nicht bloß ein gleichmäßiges Klappern der Redemühle bedeutet. Wir haben vor Weihnachten noch nicht einmal den Etat verabschiedet und haben die Verfassung noch vor uns. (Große Unruhe.) Das ganze Volk muß sich in dem Willen zusammenfinden, herauszukommen aus dem Elend. Dann, so bin ich überzeugt, wird uns das Best gelingen. Es bedarf einer starken Einwirkung der Wirklichkeit und eines Abwuns schlechter Gewohnheiten der Illusionspolitik. (Lebhafte sich wiederholender Beifall.)

Abg. Dr. Leisig (D. Vp.): Wir haben nicht so viel große Männer, daß wir nicht wünschen können, daß unsere Jugend sich an dem Andenken des größten Deutschen des Vorbildes einer selbstlosen, treuen Vaterlandsliebe Gefinnung erhebt. Dieser Gedanke wird bis in die weitesten Kreise der sozialdemokratischen Partei hinein gedrungen sein. Die Jugend soll sich durch den Anblick dieses Helden begeistern lassen. Wenn dabei Ausschreitungen vorkommen, so verurteilen auch wir das.

Wenn wir die preussische Regierung endlich die längst angekündigten Gesetze vorlegen? Und wann wird sie bereits angenommene veröffentlichen? Der Einfluß Preußens auf die Reichsgesetzgebung muß wieder verstärkt werden. Die Erzberger'sche Finanzreform führt zu völliger Auspovertung Preußens und Deutschlands. Der Aufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn durch das deutsche Volk wieder ein starkes nationales Empfinden geht. (Lebhafte Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Dr. Grottel (Dnaff.): Die verfassungsgebende Landesversammlung ist nach unserer Auffassung nicht berechtigt, eine solche Fülle von Gesetzen zu erlassen, ehe sie an ihre eigene Aufgabe, die Schaffung der Verfassung, herangeht. Wir haben nichts dagegen, wenn die Regierung Beamtenposten mit Männern ihrer Partei besetzt; wir müssen aber verlangen, daß diese Beamten die nötige Vorbildung mitbringen. Die finanzielle Auseinandersetzung mit der Krone muß endlich durchgeführt werden. Unter keinen Umständen dürfen preussische Landesteile gegen den Willen der Bevölkerung an Groß-Dehringen angegliedert werden. Das Wirtschaftsabkommen mit Polen verdient die schärfste Kritik. Die Regierung muß energisch dafür sorgen, daß die Interessen der Deutschen im jetzigen Polen besser gewahrt werden. Ich bleibe dabei, daß die Revolution Deutschland wehrlos gemacht hat. (Stürmischer Widerspruch links und Rufe: Ludendorff!) Ueber die Huldigungen Hindenburgs freuen wir uns; die Demonstrationen haben wir nicht gemacht. Das Volk soll sich in freiem Entschluß die monarchische Staatsform wiedergeben. In der Bewegung gegen die Juden ist eine große elementare Bewegung zu erkennen. Die jüdische Frage hätte nie so tief gegriffen, wenn man die Ostjudenfrage anders behandelt hätte. Wir fühlen uns als Deutsche in gewisser Hinsicht selbst mit der äußersten Linken eins. (Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. November, mittags 12 Uhr: Hörmliche Anfrage Graf-Frankfurt über Durchdringung des besetzten Gebietes mit französischem Geist. Weiterberatung.

Schluss 6 Uhr

Deutsches Reich.

— Die für die Völkerbundskonferenz bestimmte deutsche Delegation ist am Sonntag nach Washington abgereist.

— Auf Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums wurde nunmehr die Aushebung des über Bayern verhängten Kriegszustandes mit Wirkung vom 1. Dezember beschlossen.

— Kaiser Wilhelm zum Tode des Kardinals Hartmann. Zum Tode des Erzbischofs Hartmann trat vom ehemaligen Kaiser aus Amerongen beim Domprobst Dr. Widdendorf folgendes Beileidstelegramm ein: „Die Nachricht vom Hinscheiden des von mir hoch geschätzten ausgezeichneten Erzbischofs Kardinal v. Hartmann hat mich tief bewegt. Ich bin mit meiner

wärmsten Teilnahme bei Ihnen. Gott wolle dem Verstorbenen die treue Arbeit lohnen. Wilhelm.“ — Weitere Beileidsbezeugungen gingen noch ein vom Kardinal Vanutelli und dem Erzbischof von Taushaber-München, dem es wegen der Verkehrsperre nicht möglich war zur Bestattung zu kommen.

— Sofortige Heimführung unserer Gefangenen wurde am Sonntag in zahlreichen Versammlungen in Berlin geordert. Vor tausenden von Versammlungsteilnehmern sprachen bekannte Redner und Rednerinnen aller Parteien. In sämtlichen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, von der man hoffen darf, daß sie den Weg zum Verzej der Feinde finden werde. In der Entschließung heißt es unter anderem:

„Ein neuer Winter bringt Tausenden von Gefangenen und Angehörigen seelischen und körperlichen Zusammenbruch und Tod. Die französische Presse verlangt teilweise offen die Zurückhaltung der Gefangenen als Band zur Erfüllung des Friedensvertrages. Die französische Regierung schweigt hierzu. Das deutsche Volk fordert die gesamte Menschheit auf, ihr Urteil zu fällen, ob wehrlose Gefangene gegen alles Völkerecht und Menschenrecht wie Sklaven als Schacher- und Handelsobjekt zurückgehalten werden dürfen. Wir fordern alle Völker der Erde auf, sich mit uns zu vereinigen in dem Auf: Sofortige Heimführung aller Gefangenen dieses Krieges!“

— Volkshochschulen und Volkshochschulwesen. Die Verfügung des preussischen Kultusministers, die den preussischen Volkshochschulen ohne Befreiung den Zugang zum Universitätsstudium ermöglicht, hat den großen Senat der Universität Tübingen zu einer Rundgebung an das württembergische Kultusministerium veranlaßt. Er weist auf die sachliche Zuständigkeit der Volkshochschulen bei generellen Entscheidungen über die Bedingungen zur Zulassung der Hochschule hin und fordert, daß zu den Beratungen über Veränderung des Vorbildungsweges in erster Linie und von Anfang an die Universitäten herangezogen werden. Nach der Art, wie die Dinge bisher gewesen sind, sei die Befürchtung nicht grundlos, daß die angekündigte Reichshochschulkonferenz zwar mit starker Beteiligung stattfinden, aber auf die letzten Entscheidungen keinen Einfluß ausüben werde, weil alles wesentliche schon in den Vorverhandlungen im engen Kreise festgelegt sein werde. Insbesondere scheine die Neigung zu bestehen, durch die reichsgesetzlichen Bestimmungen der Stellungnahme der einzelnen Landesregierungen vorzugreifen. Dagegen wende sich die Landesuniversität und gebe sich der Hoffnung hin, daß die anderen deutschen Hochschulen ihrem Beispiel folgen werden.

— Sozialdemokratischer Protest gegen die Deutschnationalen Aushebungen. Die Sozialdemokratische Partei in Berlin hatte am Sonntag vormittag vier große Versammlungen einberufen, um gegen die Vorkommnisse der letzten Tage zu protestieren. Es wurde in allen Versammlungen eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Versammelten sind gewillt, die revolutionären Erregungszustände mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen. Sie fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher geübten Nachsicht gegenüber den deutschnationalen Treiberkreisen brechen und mit aller Schärfe dagegen einschreiten. Sie fordern insbesondere, daß endlich daran gegangen wird, die noch immer in den entscheidenden Staats- und Reichsstellen tätigen reaktionären Beamten und Offiziere, die zum Teil absichtlich Konspirationen heraufbeschworen, rücksichtslos ohne Pension entfernt werden. Ebenso sind sofort und ohne alle Pension alle Schulleiter zu entlassen, die die Teilnahme der Schüler an deutschnationalen Demonstrationen während der Schulzeit veranlassen oder dulden. Die Versammlung richtet an die gesamte Arbeiterchaft die dringende Aufforderung, den Bruderkrieg einzustellen und sich zum Kampf gegen die Reaktion einheitlich zusammenzuschließen.“

— Neue Aufforderung zur Heimkehr an die Volkstruppen. Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Reichsregierung vom 30. Oktober d. J. fordert der preussische Minister des Innern die im Baltikum noch im russischen Militärdienst stehenden preussischen Staatsangehörigen auf, unverzüglich unter Rückkehr in das Reichsgebiet aus jenem Dienst auszutreten, widrigenfalls sie der preussischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden. — Inzwischen hat ja

Oberst Vermond seine Truppe dem deutschen General v. Eberhart unterstellt, der die Rückführung der ebenfalls reichsdeutschen Truppe aufs schnellste zu bewerkstelligen gedenkt. Die Truppen der Armee Vermond hatten zuletzt unter der Bitterung schwer zu leiden. Oberst Vermond ist zurückgetreten und an seine Stelle ein anderer höherer russischer Offizier zum Kommandeur der russischen Truppen ernannt worden. Die westrussische Regierung hat sich aufgestellt.

— Das Schicksal des Ostpreußenländchens. In den letzten Wochen haben Verhandlungen zwischen der deutschen und der tschechischen Regierung über die Abänderung des Friedensvertrages stattgefunden, der bekanntlich die abstimmslose Abtrennung des Ostpreußenländchens vorsieht. Wie der „Berl. Volksanwaiser“ erzählt, besteht auf Grund dieser Verhandlungen die bestimmte Hoffnung auf eine nachträgliche gerechte Revision des Friedensvertrages in dieser Frage.

Rundschau im Auslande.

— Bei den Kammerwahlen in Belgien haben Liberale und Katholiken Einheiten zugunsten der Sozialisten erritten.

— Präsident Wilson hat einen Erlass veröffentlicht, der einen neuen Postkurs vorschlägt, um dem Tiefstand der ausländischen Wäluen Rechnung zu tragen.

— Der Führer der kabbalistischen Nationalpartei, Moamed Gerib Bel, ist in Berlin gestorben.

Belgien: Die Belgier verlassen Washington.

— Nach einer Mitteilung der belgischen sozialistischen Zeitung „Le Peuple“ hat sich die belgische Delegation der Washingtoner Arbeitskonferenz entschlossen, nicht länger an der Konferenz teilzunehmen. Sie hat bereits am 15. November die Heimreise nach Belgien angetreten. — Wenn also die deutsche Abordnung das europäische Festland verläßt, sind die Belgier bereits auf der Heimreise. Dem muß auf Differenzen raten. Bezeichnend ist folgende Bemerkung des „Peuple“: „Wer weiß, ob nicht auch die Konferenz nichts anderes ist als eine Rundgebung für eine schöne Idee.“

effantischen Selbstbewußtseins, eine Verletzung der Monroe-Doktrin.

Der von dem Präsidenten Monroe im Jahre 1823 aufgestellte Grundsatz, daß kein fremdes Volk sich in die nordamerikanischen Verhältnisse einmischen, dort Einfluß ausüben oder Land besitzen dürfe, ist von den Amerikanern stets mit großer Leidenschaftlichkeit verteidigt worden.

Es ist daher kein Wunder, daß sich der amerikanische Senat in seinem gekränktem Gefühl für die Aufrechterhaltung des alten Grundsatzes einsetzt.

Die hauptsächlichsten Vorbehalte des Senats sind folgende:

1. Die Vereinigten Staaten sind in der Anwendung und Auslegung der Monroe-Doktrin souverän. Die Monroe-Doktrin unterliegt in keiner Weise der Gerichtsbarkeit des Völkerbundes.

2. Die Vollmachten der Reparationskommission, betreffend die Regelung der amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland, können nur nach Zustimmung des Kongresses der Vereinigten Staaten zur Anwendung gebracht werden.

3. Der Kongreß wird die Vollmachten verleihen, die Vertreter der Vereinigten Staaten im Völkerbund und in den internationalen Kongressen ernennen zu können.

4. Die Vereinigten Staaten weigern sich, das Abkommen betreffend Schantung zu unterzeichnen.

5. Die Vereinigten Staaten erkennen in der Verwaltung der Güter der jedes Rechtsanspruch verlustig erklärten feindlichen Staatsangehörigen nur die Ansprüche der amerikanischen Staatsangehörigen an.

6. Der Staat stimmt den Vorbehalten, betreffend den wirtschaftlichen Boykott und die Rüstungen zu.

Von wesentlicher Bedeutung ist auch der von Senator Lodge zu Artikel 10 des Friedensvertrages gemachte Vorbehalt, der mit 46 gegen 35 Stimmen angenommen wurde, wonach die Vereinigten Staaten keine Verpflichtung irgendwelcher Art auf sich nehmen, die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Landes zu schützen oder bei Zwistigkeiten zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu intervenieren. Weiterhin könnten in keinem Falle die militärischen Streitkräfte sowohl zu Wasser als zu Lande ohne die vorherige Zustimmung des Kongresses verwendet werden, der allein die Vollmacht habe, den Krieg zu erklären.

Nachdem der Senat mit 78 gegen 16 Stimmen die große Aussprache für abgeschlossen erklärt hat, scheint das Schicksal des Friedensvertrages einer beschleunigten Entscheidung entgegenzugehen. An der Annahme des Vertrages mit den zahlreichen Vorbehalten ist nicht zu zweifeln. Auch die Presse der übrigen Entente-Mächte hat diese Gefahr schon längst erkannt. Sie erblickt in den amerikanischen Vorbehalten gegenüber der Völkerbundsverfassung eine wesentliche Schwächung der Friedensgarantien. Es ist bereits feststehende Tatsache, daß die drei europäischen Verbündeten England, Frankreich und Italien einen noch engeren Zusammenschluß anstreben. Diese Tendenz macht sich jetzt schon hinsichtlich der Adriafrage geltend, deren Lösung ohne Berücksichtigung der amerikanischen Politik herbeizuführen versucht wird.

Amerika gegen eine Verständigung mit Rußland.

Aus „New York“ wird der „Times“ berichtet, daß das Staatsdepartement mitgeteilt habe, daß die amerikanische Regierung keinem Projekte ihre Zustimmung geben werde, welches irgendeinen Kompromiß mit der bolschewistischen Regierung ins Auge fasse. Im weiteren würden die Vereinigten Staaten niemals an einer Konferenz teilnehmen, zu der Vertreter der Bolschewistik zugelassen würden. Die Politik des Staatsdepartements bestünde darin, die von amerikanischen Vertretern eingegangenen Verpflichtungen mit den russischen Verbrauchsgegenständen durchzuführen, um die nichtbolschewistischen Gebiete Rußlands mit Lebensmitteln und Kleidern zu versorgen.

Wenn auch England daraufhin offiziell von einer Einberufung einer Konferenz zur Regelung der russi-

schen Frage Abstand genommen hat, so ist doch kaum daran zu zweifeln, daß die britische Regierung auf eigene Faust Verhandlungen mit den Bolschewisten anknüpfen wird. Die günstige Gelegenheit einer friedlichen wirtschaftlichen Durchdringung unter Ausschluß der deutschen und der amerikanischen Konkurrenz wird sich das geschäftstüchtige Abkommen schwerlich entgehen lassen.

Ende der Vermont-Armee?

Die Rückkehr der übergetretenen Deutschen.

Nach letzten Meldungen haben die gegen Vermont kämpfenden letzten Truppen die Vorstädte von Wino auf dem linken Ufer besetzt. Vermont zieht sich zurück.

Der deutsche Begleiter der Entente-Kommission für das Baltikum, Admiral Hopmann, hat Mitteilung erhalten, daß Vermont sich mit seiner ganzen Armee dem Befehl des Generals v. Eberhard unterstellt hat. Dieser wird alles versuchen, die geordnete Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppen zu ermöglichen.

Wie wir erfahren, sind mit Rücksicht auf die in der Nähe von Wino stattfindenden Kämpfe in den letzten Tagen mehrere Züge mit Reichsdeutschen und dem größeren Teil des Personals der deutschen Besetzung von Wino nach Deutschland abgefahren.

Die Verbandsnote über Oberschlesien.

Die Entente wird nach der Besetzung mit den allen Gemeindevertretungen arbeiten.

Der deutschen Delegation in Paris hat der Oberste Rat eine Note überreicht, in der es heißt:

Wenn man sich an den Buchstaben des Versailler Vertrages hält, so ist es unbestreitbar, daß der preussische Staat bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages die Verwaltung in dem ober-schlesischen Ab-stimmungsgebiet ausüben kann. Aber es erregt Verwunderung, daß die preussische Regierung mit der Abhaltung der Wahlen bis zu dem Augenblick gewartet hat, wo das Inkrafttreten des Vertrages, wie die Regierung hat wissen müssen, nahe bevorsteht. In der Tat werden, wie sich nicht bezweifeln läßt, die unter solchen Umständen vorgenommenen Wahlen, welche die erste Befragung des Volkes seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages darstellen, durch die bestehen ein nationaler Parteien in der Verwaltung werden, daß sie über die Stärke dieser Parteien Anhaltspunkte liefern, die man als maßgeblich für den vorläufigen Anfall der Volksabstimmung verwenden wird. Es ist wahrscheinlich, daß diese Wahlen zum Vorwand einer Treiberei dienen werden, um die Abstimmung über das künftige Schicksal dieses Landes zu beeinflussen, während die Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattfinden haben, weit entfernt sind, den Bedingungen zu gleichen, denen die Vornahme der Volksabstimmung unterliegen muß. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten und assoziierten Mächte gezwungen, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß sie es als ihr Recht betrachten, die vor dem Inkrafttreten des Friedens und gegen ihre begründete Auffassung in Oberschlesien veranstalteten Gemeindevahlen als nichtig und nicht geschehen zu erklären. Die internationale Kommission wird veranlaßt werden, bei der Ueberrahme ihres Dienstes entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Ruhe nach dem Sturm.

Abgabe von Erklärungen im Untersuchungs-ausschuß.

Nach den stürmischen Verhandlungen am Schluß der letzten Woche ist am Montag in dem Unters-

uchungsausschuß wieder Ruhe eingekehrt. Auf allen Seiten zeigt man das Bestreben, die Verhandlungen ungestört weiter zu führen. Vor dem Reichstagsgebäude warteten zahlreiche Neugierige vergeblich auf Hindenburg und Ludendorff und zerstreuten sich bald wieder. Die Sicherheitswache hatte umfangreiche Ab-sperrungsmaßnahmen getroffen, um gegebenenfalls auch Demonstrationen zu verhindern. Doch kam es diesmal zu keinerlei Kundgebungen.

Nach einer längeren Erklärung des Ausschusses über seine Stellung und seine Aufgaben, die Abg. Gotheim als Stellvertreter der Vorsitzenden zur Verfügung brachte, versuchte auch Dr. Hefferich auf die letzten Vorgänge zurückzukommen und seine Vorbehalte für seine weiteren Aussagen mitzuteilen, wurde jedoch durch den Vorsitzenden veranlaßt, seine Erklärung schriftlich dem Ausschuß zur Beratung zu unterbreiten. Im Interesse eines ruhigen und glatten Verlaufs der Verhandlungen fügt sich der Zeuge den Anordnungen des Vorsitzenden.

In der zu Protokoll gegebenen Erklärung erhebt Dr. Hefferich Einspruch gegen die Beurteilung zu 300 Mark Geldstrafe, die am Sonnabend gegen ihn vom Ausschuß verfügt worden ist.

Eine Verweigerung des Zeugnisses liege seinen serts überhaupt nicht vor. Er sei nach wie vor bereit, vor dem Untersuchungsausschuß, nachdem dieser einmal eingesetzt worden sei, zu allen, den Gegenstand seiner Untersuchung bildenden Angelegenheiten, die von ihm gewünschten Befragungen, soweit er zu solchen in der Lage sei, zu machen. Er habe sich lediglich geneigt, dem Abgeordneten Dr. Cohn Rede und Antwort zu stehen. Da jede vom Ausschuß gewünschte Befragung auf anderem Wege als durch Fragen des Abgeordneten Dr. Cohn herbeigeführt werden kann, sei diese seine Weigerung seine Zeugniserweigerung. Andererseits vermöge er eine gesetzliche Verpflichtung, dem Abgeordneten Dr. Cohn, auch wenn dieser Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, Rede und Antwort zu geben, nicht anzuerkennen, und zwar weder auf Grund der Reichsverfassung, noch auf Grund der Strafprozedur.

Dr. Hefferich geht in seiner Erklärung auf die bereits bekannten Gründe ein, die ihn dazu veranlaßt haben, dem Abg. Cohn Rede und Antwort zu verweigern.

Abg. Cohn habe stich und klar zum Ausdruck gebracht, daß er sich ihm gegenüber als Richter fühle. Dementstündend erachte er die Anwendung des Zeugnisanzwanges als unangemessen. Er müsse sich vielmehr die Ausübung des Rechts der Abweisung von Mitgliedern des Ausschusses ausdrücklich vorbehalten.

Bevor das Kreuzverhör Dr. Hefferichs fortgesetzt wurde, wandte sich Bethmann Hollweg in einer längeren Erklärung gegen Artikel in der Presse, die Ergebnisse der Untersuchung nach ihren parteipolitischen Gesichtspunkten bereits als Tatsachen vorwegnehmen, bevor der Abschluß der Untersuchung erfolgt ist. Besonders eingehend bekämpfte er den auch im Ausschuß erhobenen Vorwurf, die alte Regierung habe das Volk hinter die Fassade geführt und über die Folgen der Erklärung des unbedingten U-Boot-Krieges im Unklaren gelassen. Hierüber entspann sich eine längere Auseinandersetzung. Immer wieder kehrt die Frage ob der uneingeschränkte U-Boot-Krieg als einziges Mittel eingesetzt werden mußte. Im Anschluß daran kam man auch auf die belästigende Frage zu sprechen. Niemals, so betont Bethmann Hollweg mit erhobener Stimme, habe er erklärt, daß wir Belgien brennen, wirtschaftlich und militärisch in der Hand behalten müßten. Uebrigens, so ergänzt Hefferich die Angabe seines Vorredners, hat damals der ganze Reichstag, mit Ausnahme der Unabhängigen, eine Erklärung auf volle Wiederherstellung Belgiens abgegeben.

Nach dieser Abklärung kam man wieder auf unser Verhältnis zu Amerika zu sprechen. Die einzige Möglichkeit, die Vereinigten Staaten von dem Kriege fernzuhalten, bestand — so bemerkte Graf Bernstorff — war der Versuch, die Vereinigten Staaten mit der Vermittlung des Friedens zu betrauen. Bethmann Hollweg, der wiederholt führend in der Verhandlung

Gefängniselend.

Seit Pastor Theodor Fiedner im Jahre 1825 die geistliche Versorgung unserer Gefangenen begann und selbst Gefängnisprediger wurde, ist der Blick der deutschen Christenheit auf das furchtbare sittliche Elend gelenkt worden, das in den meisten Gefängnissen herrscht, namentlich in solchen, wo die Gefangenen beisammen wohnen und arbeiten und nicht in Einzelzellen untergebracht sind. Solche Gefängnisse sind wahre Hochschulen des Lasters und des Verbrechens, vor allem für die jungen Gefangenen. Wohl kaum einer verläßt das Gefängnis gebessert; die meisten sind sittlich viel tiefer gesunken, daher auch die zahlreichen Rückfälle.

Dennoch fragt heute noch manch' einer der die Verhältnisse nicht aus eigener Anschauung kennt, zweifelnd: Ist das Gefängniselend wirklich so groß, als es uns immer wieder dargestellt wird? Haben wir nicht ein verbessertes Erziehungs-system in unsern Schulen? Ist nicht überall eine geordnete Gefängnisverwaltung eingerichtet? Sind nicht auch die Einrichtungen unserer Gefängnisse selbst nach verschiedenen Richtungen hin verbessert worden? Das ist alles wahr; dennoch aber besteht das Gefängniselend der Hauptsache nach in demselben Umfang und derselben Tiefe weiter, ja es hat sich in der Gegenwart infolge der unheimlichen Überfüllung der Gefängnisse, besonders mit jüngeren Verbrechern noch gesteigert. Der Krieg mit der Verwilderung der Jugend und einer allgemeinen Verrohung der Sitten hat noch das Seinige dazu beigetragen, das Elend zu vergrößern.

Folgen wir einem erfahrenen Gefängnisgeistlichen, Pastor Karl Heinersdorff, im Geiste auf einem seiner Gänge durchs Gefängnis, wie er dies so anschaulich in dem Buche „Er gab, ich nahm“ beschreibt. Dort heißt es: „Zunächst treten wir in das große, neue Gefängnisgebäude, welches unmittelbar an der Eisenbahn liegt. Es enthält nur Einzelzellen, und wenn wir nun von einer Zelle zur andern gehen, so finden wir fast lauter junge Leute, ja zahlreiche Knaben bis zu

13 Jahren herab darin! Und fragen wir die Beamten, die mit diesen Burschen zu tun haben, wie sie sich verhalten, so werden wir einstimmig das Urteil hören: „Je jünger, desto schlimmer sind sie.“ Knaben von 12 bis 18 Jahren zeigen sogar bei ihrer Aufnahme ins Gefängnis, die doch selbst für rohere Gemüter nicht ohne Eindruck zu bleiben pflegt, nicht die geringste Betrübnis. Lachend und frech geben sie ihre Antworten bei der Prüfung, die ich mit ihnen erzwinge. So daß ich oft tief beklagt habe, daß solche Knaben, die bei ähnlicher Frechheit in jeder Schule draußen exemplarisch geüchtigt wurden, hier im Gefängnis, wo sie die Strenge des Gesetzes kennen lernen sollen, nicht die einzige Strafe empfangen dürfen, die in solchem Alter ganz allein einen nachhaltigen und heilsamen Eindruck zu machen imstande ist. Daher kommt es denn auch, daß die dunklen Strafzellen im Erdgeschoß, in die solche Gefangenen gesetzt werden, welche sich der Hausordnung durchaus nicht gutwillig fügen wollen, vorwiegend von jugendlichen besetzt sind. Aber nicht nur in den Strafzellen finden sich die Jugendlichen, sondern auch sehr vielfach in den Krankenzellen, wo sie wegen Geschlechtskrankheiten verweilen müssen! War doch im Jahre 1881 zu 1882 die Zahl der eingeliefertten geschlechtskranken jungen Leute so groß, daß die Gefängnisverwaltung in einer Eingabe bitten mußte, diese Leute erst in Krankenhäusern unterzubringen, ehe sie ins Gefängnis gesandt würden. (Diese Zustände sind inzwischen nicht besser, sondern schlimmer geworden; die Zahl der Geschlechtskranken ist heute erschreckend groß!) Welch einen trüben Blick in das Leben der Jugend muß man da tun!

Viele dieser Jugendlichen empfinden ihre Gefängnisstrafe gar nicht als eine Schmach und Schande; sondern sie sehen ihren Aufenthalt im Gefängnis vielmehr als eine „Pension“ an. „Es ist nicht so schlimm, wie ich dachte“, schreibt ein Sohn an seinen Vater; „ich will denken, ich wäre beim Militär.“ Und der Vater schreibt an seinen

Sohn: „Nimm's dir nur nicht so sehr zu Herzen, lieber Sohn. Du hast ja nur ein Jahr, und die Zeit geht um.“ Eine Mutter schreibt an ihre wegen Unzucht und Diebstahl sitzende Tochter: „Wie schade, liebe Tochter, daß du nicht zur Naikirmes da bist! Aber tröste dich, die Herzkirmes sollst du desto lustiger mitmachen; denn dein Schatz hat wieder stolte Geld.“ Dieselbe Tochter schreibt an ihre Mutter zurück: „Mutter, mach' doch nicht solche Dummheiten! Wir ich höre, willst du wieder zu deinem Manne gehen; du hast es bei dem N. N. viel besser!“

Es ist nicht selten, daß Mann und Frau über das eheliche Verhältnis, das der draußen gebliebene Teil sofort begonnen hat, sich ohne besondere Erregung Briefe schreiben, als wäre das etwas Selbstverständliches. Wir erleben es mehrfach, daß ein Ehemann seine Frau zur Unzucht anbot; ja das Züchterliche ist vorgekommen, daß Eltern ihre Kinder in das Unzuchtstieben hineindrängten...

Wir hatten im Gefängnis fortwährend eine nicht unbedeutende Anzahl von Frauen und Mädchen, die Haftstrafen wegen Unzuchtvergehen verbüßten, und die für unser Frauengefängnis eine um so schlimmere Pest waren, als es unmöglich war, die gerade hier so wünschenswerten und allein Erfolg versprechende Einzelhaft eintreten zu lassen. (Das ist seitdem besser geworden). So wird das Gefängnis, das ja nicht Straf-, sondern auch Besserungsanstalt sein soll, für viele Mädchen geradezu zu einer Laster- und Verwilderungsschule, und alle in der Predigt oder durch den seelsorgerlichen Umgang gewonnenen Eindrücke gehen in der gemeinsamen Haft verloren...

Noch eine andere Art von Gefangenen ist es, die unser großes Gefängnis stark bevölkert. Das sind die Raufbolde und Messerhelden, welche wegen Mißhandlung und Körperverletzung oft in erschreckender Zahl bestraft werden müssen. Unzucht und Raufstülpe hängen meist sehr eng zusammen, und gar oft sind die Zuhälter und Begleiter der Prostituierten die gefährlichsten Meßerstecher. Häufig sind es aber auch der Branntwein und

emgriff, gab fette aber auf die Entschloß der Gwendu zum Er hielt es für unmöglich die Hände

Wie vo am Montag deutungsvooll am sein E auf alle gettschwer getroffen. W Reichstagsa mehr befeht der Sperre solle, mit bedingt verh

Preuß

Vor C Präsident ein des Hultsch daß dem Pa sei und nac Regierung d

Die mit die mehrheits sich zu der biete durch mterprüfiden

Darauf der preußisch Zentrumabg Parteien der beabsichtig

ners doch h meunungs-freih als zu den und die Be sollte? Freit Unter den g Regierung b

runz. Das o seine Schatte beiter und der Umfurs Die Arbeiter der Bergang der Arbeiter Streiks nicht die Umfurs mit dem J für notwendig abhängigen.)

Nach der des Zentrum meißter Zom der Deutschn burg nur für Demonkratio Wir verurtei sowie die Reichspräsi der Minister

Beziehungs g Deutung daß schäft, die an nicht mimaß der unglückli der „ritterlich habe und Ho mung.) Sow

die Völkerei ill einanderheken. allein; sondern tags n t h e demacht; nach sondern will a Wunder, wenn meisten Berge nächsten gesche

nis kommen, si Ritze und un So führen uns fängnis aus er uneres Volkes Ja das Gefäng das fündliche hat.

Erstühtert Aber dabei soll zur Tat schreite Schwestern; ihr von uns werde nichts zu ihrer sch den Zöllner den Pharisäern

liger Liebe her Gefangenen an beiforge der J inneren Missio kradt, nach Kr nen, die wieder

hilfreiche Hand kommen, um so Die Zeit ist er leicht kurz. Da kennt, und geiz

loßt, was verli

Hrt. Auf allen Verhandlungen dem Reichstag vergänglich auf streuten sich bald umfangreiche Abgabenfalls auch kam es diesmal

des Auschusses gaben, die Abg. der zur Verleissschiff auf die seine Vorbeurteilung, wurde Veratung zu schigen und glat sich der Zeuge

Erklärung erhebt Verurteilung zu lebend gegen ihn

es liege seinen nach wie vor nachdem dieser den Gegenstand gegenheiten, die weit er zu sol habe sich ledig Cohn Rede und schuf gewünschte gew Fragen des werden kann, nichtverweigerung e Verpflichtung, enn dieser Mi Rede und Un und zwar weder auf Grund der

klärung auf die zu dazu veran Antwort zu

zum Ausdruck is Nichter fühle. dung des Zeug sich vielmehr ng von Mitglie rbehalten.

erichs fortgesetzt weg in einer der Presse, ihren parteipolitischen vorsehung erfolgt ist. auch im Auslieferung habe das die Folgen der Krieges im Unn sich eine jeder führt die Krieg als ein Im Anschluß sche Frage zu un Holme mit ak wir Belgien in der Hand der Hand der ganze schängigen, eine Belgien ab.

wieder auf un. Die einzige von dem Kriege Erregung Brief Bernstorff staaten mit der en. Bethmann die Verhandlung

gen, lieber Sohn. geht um". Eine und Diebstahl daß du nicht zur verbittendes sollst k hat wieder flott Mutter zurück: n! Wir ich höre, u hast es bei dem

u über das ehe bliebene Teil so Erregung Briefe blidliches. Wir er Frau zur Ungekommen, daß neindrängen... eine nicht un

Wädchen, die gten, und die für here Pest waren, nshenswerte und treten zu lassen. ird das Ge ondern auch für viele erschule, und lischen Umgang samen Haft ver

ist es, die unfer den die Rauf wegen Mißhand der Zahl bestraft Lufst hängen k oft find die die gefährlichsten Brannwein und

etntriff, gab der Auffassung Bernstorffs recht, bezweifelte aber daß Wilson in der Lage war, bestimmend auf die Entente einzuwirken. Er glaubt auch, daß selbst der Eintritt Amerikas in den Krieg nicht notwendig zum Frieden von Versailles führen mußte. Er hielt es für unmöglich und hält es heute noch für unmöglich, daß Deutschland sich damals völlig in die Hände Amerikas geben könnte.

Wie voraussehen war, hatte die Vernehmung am Montag wenig neue Tatsachen ergeben. Viel bedeutungsvoller wird die Vernehmung Hindenburgs sein. Am sein Erscheinen vor dem Untersuchungsausschuß auf alle Fälle zu ermäglich, hat die Sicherheitswehr weisungsgemäß umfassende Maßnahmen getroffen. Es wird der Weg des Feldmarschalls zum Reichstagsgebäude von starken Kräften der Sicherheitswehr besetzt und jeder Versuch einer Durchbrechung der Sperrlinie, von welcher Seite er auch kommen sollte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unbedingt verhindert werden.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 17. November.

Die große politische Ansprache.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Präsident ein Telegramm des Deutschen Volksbundes des Kultschiner Landes, der darüber klage führt, daß dem Lande das Selbstbestimmungsrecht entzogen sei und nachdrückliche Vorstellungen der preussischen Regierung dagegen verlangt.

Die mit großem Interesse erwartete Antwort auf die mehrheitssozialistische Anfrage, wie die Regierung sich zu der geistigen Durchdringung der besetzten Gebiete durch die Franzosen verhalte, erklärt der Ministerpräsident erst morgen geben zu wollen.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts der preussischen Regierung mit einer längeren Rede des Zentrumsgesandten Klöpper fortgesetzt. Wenn die Parteien der Regierung auch eine Arbeitsgemeinschaft beschließen haben, so besteht nach Ansicht des Redners doch jede Partei ihre Entscheidungsfreiheit und Bewegungsfreiheit. Wo waren die Parteien der Rechten, als zu den Friedensbedingungen Stellung genommen und die Verantwortung dafür übernommen werden sollte? Freilich, Kritik zu treiben ist immer leichter. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen konnte sich keine Regierung billiger einrichten als die Koalitionregierung. Das altpreussische Sparmaßprinzip hatte auch seine Schattenseiten, so in der Beschäftigung der Arbeiter und Angehörten der Eisenbahn. Darauf ist der Umsturz im Eisenbahnbereich mit zurückzuführen. Die Arbeiterräte und Beiräte gehören jetzt öffentlich der Vergangenheit an. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft will von politischen Butschen und Errecks nichts wissen. (Lebhafte Zustimmung.) Solange die Umstürzbewegungen andauern, halten auch wir mit dem Ministerpräsidenten den Belagerungszustand für notwendig. (Lebhafte Beifall, Lärm bei den Unabhängigen.)

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Zentrumsgesandten sprach der Abg. Oberbürgermeister Dominicus (Dem.): Wir verurteilen die Art der Deutschnationalen, einen großen Mann wie Hindenburg nur für sich in Anspruch nehmen zu wollen und Demonstrationen für ihn parteipolitisch auszunutzen. Wir verurteilen weiter die antisemitische Propaganda sowie die Art, wie sich die Deutschnationalen an dem Reichspräsidenten reiben zu können glauben. Wenn der Ministerpräsident von der Einheitsfront der Arbeiterschaft gesprochen hat, so können wir eine etwaige Deutung dahin, daß die eine Front von der Arbeiterschaft, die andere von der Bourgeoisie dargestellt werde, nicht mitmachen. Besonders nahe geht uns das Glend der unglücklichen 90 000 deutschen Beamten, die von der „ritterlichen“ Nation aus Elßaß-Lothringen von habe und Hof vertrieben worden sind. (Lebh. Zustimmung.) Soweit sie preussische Staatsangehörige sind.

Die Völlerei überhaupt, welche die rohen jungen Leute aufeinanderheben. Aber die Schwelgerei ist's wieder nicht allein; sondern mit ihr geht Hand in Hand die Sonntagsentheiligung. Der Sonntag wird zum Saustag demacht; nach Kirche und Gottes Wort fragt man nicht, sondern will an diesem Tag allein seiner Lust leben. Was Wunder, wenn gerade an den Sonn- und Feiertagen die meisten Vergehen und Verbrechen gegen die Person des Nächsten geschehen! Viele der jungen Leute, die ins Gefängnis kommen, sind seit ihrer Konfirmation nicht mehr in der Kirche und unter den Schall des Wortes Gottes gekommen. So führen uns die traurigen Zustände, die wir vom Gefängnis aus erblicken, auf die Gottentfremdung vieler Kreise unseres Volkes als auf den tiefsten Quell des Übels. ... Ja das Gefängniselend ist sehr groß und zeigt uns, wie tief das sündliche Verderben unser Volksleben durchdrungen hat.

Erstüßert stehen wir solchem Verderben gegenüber. Wer dabei soll es nicht sein Bewenden haben. Wir müssen zur Tat schreiten. Die Gefangenen sind unsere Brüder und Schwestern; ihre Seelen sind uns aufs Gewissen gebunden; von uns werden sie dereinst gefordert werden, wenn wir nichts zu ihrer Rettung getan haben. Wie der Herr Jesus sich den Zöllnern und Sündern gegenüber nicht vornehm in den Pharisäermantel gehüllt, sondern sich zu ihnen in herzlicher Liebe herabgelassen hat, so wollen auch wir uns der Gefangenen annehmen, so viel wir können, die Gefangenen-Verpflegung der Kirche dankbar begrüßen, die Tätigkeit der Jüngerinnen Mission, die sich ja auch auf die Gefangenen erstreckt, nach Kräften unterstützen, den entlassenen Gefangenen, die wieder ein ehrliches Leben führen möchten, eine hilfreiche Hand reichen und ihnen mit Vertrauen entgegenkommen, um so zu retten, was sich noch retten lassen will. Die Zeit ist ernst und die Gelegenheit, Gutes zu tun, viel leicht kurz. Darum tut Eile not. Wohl dem, der das erkennt, und getrieben von der Liebe Christi, die zu retten sucht, was verloren ist, danach handelt!

muß Preußen sie auch unterdrücken. Das Problem Groß-Lothringen muß von der preussischen Regierung klarer behandelt werden. Der Belagerungszustand ist aufrecht zu erhalten, solange die Notwendigkeit vorliegt. Im weiteren Verlauf seiner Rede wendet sich der Abg. Dominicus gegen den Antrag der Unabhängigen, den 9. November zum Feiertag zu erklären.

Als nächster Redner sprach der Unabhängige Abg. Eubitz: Die Rede des Ministers Hirsch war ein Bild der Hilflosigkeit der sozialdemokratischen Minister in der Regierung. Sie sollten doch lieber freiwillig gehen, ehe sie hinausgeworfen werden. Sie sind ja bereits ausgeschaltet. Soweit sie den Belagerungszustand dulden, verdienen sie Verachtung.

Finanzminister Dr. Sülde: Zwischen den beiden Gruppen rechts und links steht die Masse des Volkes, das sich müht, in dem Unglück die Spuren der Besserung aufzufinden. Frei müssen wir werden von dem Friedensvertrag. (Lebh. Beifall.) Preußen hat sich groß gehungert, Deutschland wird sich frei hungern müssen, frei freieren müssen, frei träumen und, wenn es notwendig ist, frei rasen. (Bewegung.)

Der Friedensvertrag von Versailles ist nicht das letzte Wort.

Die Herrschaft Englands über sämtliche Rohstoffgebiete wird man nicht ertragen können. Unsere politische Methode muß sein: Ruhe, Stetigkeit, Ordnung und Entschlossenheit in unserer Bevölkerung. (Lebh. Beifall.) Es ist ausgeschlossen, in wenigen Minuten nach einem so furchtbaren Zusammenbruch alles so laufen zu lassen, wie man es sich wünschte. Wenn Sie eine Spur von Gerechtigkeitsgefühl hätten und nicht besangenen wären, müßten Sie sagen, daß die Leistung des deutschen Volkes seit dem 9. November 1918 bis zu diesem Tage eine bewundernswerte Leistung ist. Das ist ein Beweis für die Lebenskraft dieses Volkes und für mich ein Ansporn, nicht müde zu werden in meinen Bemühungen, das Volk wieder in die Höhe zu bringen. Das können wir, wenn wir nur entschlossen zusammenarbeiten. Nicht in dem Sinne, daß wir die Parteiunterschiede vernichten, aber wir können verlangen: Unterordnung der eigenen politischen Aspirationen unter die Bedürfnisse der Gesamtheit. Daher keine Handgelenken von links und keine Verschiebungen von rechts. (Lebh. Beifall.) Dann eine politische Arbeit auch im Parlament, die nicht bloß ein gleichmäßiges Klappern der Räder bedeutet. Wir haben vor Belohnungen noch nicht einmal den Staat verabschiedet und haben die Verfassung noch vor uns. (Große Unruhe.) Das ganze Volk muß sich in dem Willen zusammenschließen, herauszukommen aus dem Elend. Dann, so bin ich überzeugt, wird uns das Werk gelingen. Es bedarf einer scharfen Einschätzung der Wirklichkeit und eines Abtruns schlechter Gewohnheiten der Illusionspolitik. (Lebhafte sich wiederholender Beifall.)

Abg. Dr. Lebis (D. Vp.): Wir haben nicht so viel große Männer, daß wir nicht wünschen können, daß unsere Jugend sich an dem Andenken des größten Deutschen des Vorbildes einer selbstlosen, treudeutschen vaterländischen Gesinnung erhebt. Dieser Gedanke wird bis in die weitesten Kreise der sozialdemokratischen Partei hinein gedrungen sein. Die Jugend soll sich durch den Anblick dieses Heros begeistern lassen. Wenn dabei Ausschreitungen vorkommen, so verurteilen auch wir das.

Wenn wird die preussische Regierung endlich die längst angekündigten Gesetze vorlegen? Und wann wird sie bereits angenommene veröffentlicht? Der Einfluß Preußens auf die Reichsregierung muß wieder verstärkt werden. Die Erbsbergerische Finanzreform führt zu völliger Auspoberung Preußens und Deutschlands. Der Aufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn durch das deutsche Volk wieder ein starkes nationales Empfinden geht. (Lebhafte Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Dr. Hock (Dnatt.): Die verfassungsgebende Landesversammlung ist nach unserer Auffassung nicht berechtigt, eine solche Fülle von Gesetzen zu erledigen, ehe sie an ihre eigene Aufgabe, die Schaffung der Verfassung, herangeht. Wir haben nichts dagegen, wenn die Regierung Beamtenposten mit Männern ihrer Partei besetzt; wir müssen aber verlangen, daß diese Beamten die nötige Vorbildung mitbringen. Die finanzielle Auseinandersetzung mit der Krone muß endlich durchgeführt werden. Unter keinen Umständen dürfen preussische Landesteile gegen den Willen der Bevölkerung an Groß-Lothringen angegliedert werden. Das Wirtschaftsabkommen mit Polen verdient die schärfste Kritik. Die Regierung muß energisch dafür sorgen, daß die Interessen der Deutschen im jetzigen Polen besser gewahrt werden. Ich bleibe dabei, daß die Revolution Deutschland wehrlos gemacht hat. (Stürmischer Widerspruch links und Aufse: Ludendorff!) Ueber die Huldigungen Hindenburgs freuen wir uns; die Demonstrationen haben wir nicht gemacht. Das Volk soll sich in freiem Entschluß die monarchische Staatsform wiedergeben. In der Bewegung gegen die Juden ist eine große elementare Bewegung zu erkennen. Die jüdische Frage hätte nie so tief gegriffen, wenn man die Ostjudenfrage anders behandelt hätte. Wir fühlen uns als Deutsche in gewisser Hinsicht selbst mit der äußersten Linken eins. (Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. November, mit tags 12 Uhr: Förmliche Anfrage Graef-Frankfurt über Durchdringung des besetzten Gebietes mit französischem Geist. Wetterberatung.

Schluss 6 Uhr

Deutsches Reich.

— Die für die Bölkerbundskonferenz bestimmte deutsche Delegation ist am Sonntag nach Washington abgereist.

— Auf Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums wurde nunmehr die Aufhebung des über Bayern verhängten Kriegszustandes mit Wirkung vom 1. Dezember beschlossen.

— Kaiser Wilhelm zum Tode des Kardinals Hartmann. Zum Tode des Erzbischofs Hartmann trat vom ehemaligen Kaiser aus Amerongen beim Domprobst Dr. Widdendorf folgendes Beileidstelegramm ein: „Die Nachricht vom Hinscheiden des von mir hoch geschätzten ausgezeichneten Erzbischofs Kardinal v. Hartmann hat mich tief bewegt. Ich bin mit meiner

wärmsten Teilnahme bei Ihnen. Gott wolle dem Verstorbenen die treue Arbeit lohnen. Wilhelm.“ — Weitere Beileidsbezeugungen gingen noch ein vom Kardinal Banutelli und dem Erzbischof von Fasilhaber-München, dem es wegen der Verkehrsperre nicht möglich war zur Beileidung zu kommen.

— Sofortige Heimführung unserer Gefangenen wurde am Sonntag in zahlreichen Versammlungen in Berlin gefordert. Vor tausenden von Versammlungsteilnehmern sprachen bekannte Redner und Rednerinnen aller Parteien. In sämtlichen Versammlungen wurde eine Entschlüsselung angenommen, von der man hoffen darf, daß sie den Weg zum Herzen der Feinde finden werde. In der Entschlüsselung heißt es unter anderem:

„Ein neuer Winter bringt Tausenden von Gefangenen und Angehörigen seelischen und körperlichen Zusammenbruch und Tod. Die französische Presse verlangt teilweise offen die Zurückhaltung der Gefangenen als Band zur Erfüllung des Friedensvertrages. Die französische Regierung schweigt hierzu. Das deutsche Volk fordert die gesamte Menschheit an, ihr Urteil zu fällen, ob mehrere Gefangene gegen alles Völkerrecht und Menschenrecht wie Sklaven als Schacher- und Handelsobjekt zurückgehalten werden dürfen. Wir fordern alle Völker der Erde auf, sich mit uns zu vereinen in dem Ruf: Sofortige Heimführung aller Gefangenen dieses Krieges!“

— Volksschullehrer und Hochschullehrer. Die Verfügung des preussischen Kultusministers, die den preussischen Volksschullehrern ohne Reiseprüfung den Zugang zum Universitätsstudium ermöglicht, hat den großen Senat der Universität Tübingen zu einer Kundgebung an das württembergische Kultusministerium veranlaßt. Er weist auf die sachliche Zuständigkeit der Hochschullehrer bei generellen Entscheidungen über die Bedingungen zur Zulassung der Hochschule hin und fordert, daß zu den Beratungen über Veränderung des Vorbildungsweges in erster Linie und von Anfang an die Universitäten herangezogen werden. Nach der Art, wie die Dinge bisher gelaufen sind, sei die Befürchtung nicht grundlos, daß die angekündigte Reichsschulkonferenz zwar mit starker Beteiligung stattfinden, aber auf die letzten Entscheidungen keinen Einfluß ausüben werde, weil alles wesentliche schon in den Vorverhandlungen im engeren Kreise festgelegt sein werde. Insbesondere scheine die Neigung zu bestehen, durch die reichsgefehlten Bestimmungen der Stellungnahme der einzelnen Landesregierungen vorzugreifen. Dagegen wende sich die Landesuniversität und gebe sich der Hoffnung hin, daß die anderen deutschen Hochschulen ihrem Beispiel folgen werden.

— Sozialdemokratischer Protest gegen die Deutschnationalen Kundgebungen. Die Sozialdemokratische Partei in Berlin hatte am Sonntag vormittag vier große Versammlungen einberufen, um gegen die Deutschnationalen der letzten Tage zu protestieren. Es wurde in allen Versammlungen eine Entschlüsselung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Versammelten sind gewillt, die revolutionären Errungenschaften mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen. Sie fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher geübten Nachsicht gegenüber den deutschnationalen Treibern brechen und mit aller Schärfe dagegen einschreiten. Sie fordern insbesondere, daß endlich daran gegangen wird, die noch immer in den entscheidenden Staats- und Reichsstellen tätigen reaktionären Beamten und Offiziere, die zum Teil absichtlich Konspirationen heraufbeschworen, rücksichtslos ohne Pension entfernt werden. Ebenso sind sofort und ohne alle Pension alle Schulleiter zu entlassen, die die Teilnahme der Schüler an deutschnationalen Demonstrationen während der Schulzeit veranlassen oder dulden. Die Versammlung richtet an die gesamte Arbeiterschaft die dringende Aufforderung, den Bruderkrieg einzustellen und sich zum Kampf gegen die Reaktion einheitlich zusammenzuschließen.“

— Neue Aufforderung zur Heimkehr an die Baltikstruppen. Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Reichsregierung vom 30. Oktober d. J. fordert der preussische Minister des Innern die im Baltikum noch im russischen Militärdienst stehenden preussischen Staatsangehörigen auf, unverzüglich unter Rückkehr in das Reichsgebiet aus jenem Dienst auszutreten, widrigenfalls sie der preussischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden. — Inzwischen hat ja Oberst Vermond seine Truppe dem deutschen General v. Eberhart unterstellt, der die Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppe aufs schnellste zu bewerkstelligen gedenkt. Die Truppen der Armee Vermond hatten zuletzt unter der Witterung schwer zu leiden. Oberst Vermond ist zurückgetreten und an seine Stelle ein anderer höherer russischer Offizier zum Kommandeur der russischen Truppen ernannt worden. Die westrussische Regierung hat sich aufgegeben.

— Das Schicksal des Kultschiner Ländchens. In den letzten Wochen haben Verhandlungen zwischen der deutschen und der tschechischen Regierung über die Abänderung des Friedensvertrages stattgefunden, der bekanntlich die abstinenzlose Abtrennung des Kultschiner Ländchens vorsieht. Wie der „Berl. Lokal-Anzeiger“ erfährt, besteht auf Grund dieser Verhandlungen die bestimmte Hoffnung auf eine nachträgliche gerechte Revision des Friedensvertrages in dieser Frage.

Rundschau im Auslande.

— Bei den Kammerwahlen in Belgien haben Katholiken und Katholiken Einbußen zugunsten der Sozialisten erlitten.

— Präsident Wilson hat einen Erlass veröffentlicht, der einen neuen Vorkriegs vorsteht, um dem Viesland der ausländischen Wäuten Rechnung zu tragen.

— Der Führer der kabbistischen Nationalpartei, Moamed Ferid Bel, ist in Berlin gestorben.

Belgien: Die Belgier verlassen Washington.

— Nach einer Mitteilung der belgischen sozialistischen Zeitung „Le Peuple“ hat sich die belgische Delegation der Washingtoner Arbeitskonferenz entschlossen, nicht länger an der Konferenz teilzunehmen. Sie hat bereits am 15. November die Heimreise nach Belgien angetreten. — Wenn also die deutsche Abordnung das europäische Festland verläßt, sind die Belgier bereits auf die Heimreise. Man muß auf Differenzen raten. Bezeichnend ist folgende Bemerkung des „Bormart“: „Wer weiß, ob nicht auch die Konferenz nichts anderes ist als eine Kundgebung für eine schöne Idee.“

Land: Bombenanschläge in Moskau.
In Moskau sind Bombenanschläge an der Tagesordnung. Nach einer Londoner Meldung sind bei einem Bombenanschlag auf den Verteidigungsausschuss am 4. November mehrere Personen verwundet worden. Der Ausschuss beschuldigt die Anarchisten verschiedener Minderheiten gegen die Sowjetorganisationen. In derselben Nacht wurde ein Anarchist der Bolschewisten gegen das Hauptquartier der anarchoistischen Hauptverschwörer ausgeführt, welche schließlich das Gebäude, in dem sie sich befanden, selbst in die Luft sprengten, wobei sie umkamen.

Die Folgen des Schneefalls.

Gefährdung der Kohlen- und Kartoffelversorgung.

Die Wirkungen der eifrigen Verkehrsperre sind durch den andauernden, ungewöhnlich starken Schneefall weitestgehend beeinträchtigt worden. Die Güterzüge blieben vielfach im Schnee stecken und erreichten erst mit großer Verspätung ihr Ziel.

Es war daher zunächst nicht möglich, die zum Betrieb der Eisenbahnen notwendigen Kohlenvorräte aus den Kohlenrevieren heranzuschaffen, zumal auch die Binnenschifffahrt infolge des starken Eistreifens auf den meisten größeren Strömen und Seen eingestellt werden mußte. In den nächsten Tagen müssen daher bei der Versorgung mit Kohlen in allererster Linie die Eisenbahnen berücksichtigt werden, damit diese wieder über einige Bestände verfügen. Im Zusammenhang mit dieser vorzugsweisen Verteilung der Eisenbahnen sollen die Industrie und auch der Hausbrand mehr noch als bisher eingeschränkt werden. In Oberschlesien und Niederschlesien zusammen ist die Menge der täglich zu liefernden Lokomotivkohlen von 15.500 Tonnen auf 18.000 erhöht worden. Das gleiche gilt von Westfalen. Hier ist die Zahl der täglich zu liefernden Lokomotivkohlen von 24.000 Tonnen auf 32.000 Tonnen heraufgesetzt worden. Selbstverständlich wird durch diese Bevorzugung der Eisenbahnen die Rückwirkung auf alle anderen Kohlenverbraucher nicht ausbleiben. Vorweg werden die Gas- und Elektrizitätswerke beliefert. Die Eisenbahnverwaltung ist berechtigt, auf den Nebenbahnhöfen bei denjenigen Zügen, die mit ihrer Lieferung für die Eisenbahnen im Rückstande sind, Beschlagnahmen vorzunehmen.

Noch viel übler sind die Wirkungen des frühzeitigen Eintritts des Winters auf die Versorgung der Großstädte mit Kartoffeln. Eine Ausnahme der kostbaren Pflanzenernte ist einfach unmöglich, auch dürfen die Kartoffelmieten wegen der Frostgefahr nicht geöffnet werden. Die auf dem Transport befindlichen Kartoffeln — soweit überhaupt dazu geschritten wurde — sind infolge der Verkehrsstockung der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt. Inzwischen sind in vielen Städten die Kartoffelvorräte vergraben. In Dessau sah sich der Magistrat gezwungen, Brot statt Kartoffeln an die Bevölkerung abzugeben. In ähnlicher Lage befinden sich die meisten anhaltinischen Städte.

Auch in Oberschlesien ist die Kartoffelnote sehr groß. Viele Gemeinden können Kartoffeln nur in unzureichender Menge zur Verteilung bringen, insbesondere wird hierdurch eine Verminderung der Leistungsfähigkeit der Industrie, namentlich der Kohlenindustrie, befürchtet. Den nahegelegenen Austausch von Kohlen gegen Kartoffeln hat der Kohlenkommissar nicht gestattet. Die Vertreter der Gruben haben deshalb zur Selbsthilfe gegriffen und beschlossen, im Interesse ihrer Arbeiter auf Reihe 5 der Kohlenbezugscheine, die zur Verteilung noch nicht freigegeben sind, entgegen der Entscheidung des Reichskohlenkommissars, Kohlen gegen Kartoffeln zu liefern. Von diesem Beschluß ist dem Reichskohlenkommissar telegraphisch Mitteilung gemacht worden.

Verkehrsperre und Postverkehr.

Die Verkehrsperre war für den Postverkehr von verheerender Wirkung. Die Post ist auf die Eisenbahnzüge angewiesen, die ihr von der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Rückstände gab es bei der Post auch vor der Verkehrsperre nicht, es war also gar nicht Gelegenheit, irgendein Material aufzuarbeiten. Der Paketverkehr wurde vollkommen gestoppt und konnte erst in den letzten Tagen allmählich wieder ausgelassen werden. Der Transport

durch die Flugzeuge war verschwindend gering. Bei 2 B täglich flogen Postwagen voll Brief- und Zeitungspost nach Frankfurt a. M. wurden dorthin zweihundert Kilogramm mit Flugzeug befördert, das ist etwa der dreihundertste Teil der Gesamtpost. Auch nach Aufhebung der Personenverkehrsperre wird der Postverkehr nicht die frühere Schnelligkeit erreichen, da sehr viele Züge ausfallen und auf allen Strecken nur ein Schnellzugpaar verkehrt. Es muß also auch weiterhin mit einer starken Verzögerung des Postverkehrs gerechnet werden.

Verschiedenes.

Δ Neue 50 Mark-Reichsbanknoten. In der nächsten Zeit wird eine neue Reichsbanknote zu 50 Mark ausgegeben werden. Die neue Note ist auf weißem Papier gedruckt, das kein Wasserzeichen, wohl aber einen braunen Faserstreifen enthält. Die Größe beträgt 102x153 Millimeter. Das Schaufensterbild ist in der Grundwirkung grün, es wird durch einen schmalen, gezähnten Rand in brauner Farbe begrenzt. Rechts oben von dem in einer grünen Einfassung umrahmten Mittelteil befindet sich in rechteckigem Rahmen ein weiblicher Idealkopf auf gestirntem Hinterkopf. Von der Mitte des Kopfes zieht sich nach links ein dunkler gebogener, breiter Bogen mit der Aufschrift „Fünfzig Mark“. Die Rückseite ist in der Grundwirkung schwärzlich-blau-grün, der äußere gezähnte Rand, wie bei der Vorderseite, braun. Das dunkle gebogene Mittelteil ist durch einen etwa ein Zentimeter breiten Rand in schwärzlicher Farbe abgesetzt, es enthält rechts und links zwei Hiertücher in Form zweifelhäufig, nach oben und unten, angefügter Ovale, in der Mitte ein freistehendes Hiertuch. Die Hiertücher tragen ein feingewebtes Ornament in kräftiger, schwärzlich-blau-grüner Farbe und sind mit feingewebten, lichter gehaltenen, bräunlich gezeichneten Blüten eingrahmt. Besonders bemerkt wird, daß einseitig an der Rückseite der Reihe 1 in den Verkehr gebracht werden. Im Falle der Ausgabe einer zweiten, dritten oder vierten Reihe wird jedesmal vorher eine neue Bekanntmachung erlassen werden.

Δ Nur langsame Vaterschöpfung. Infolge des Befalls vieler Personen- und Schnellzüge können auch dringende Pakete in der Hauptsache nicht anders als mit Güterzügen befördert werden. Bei der langen Fahrzeit solcher Züge und dem häufigen Fehlen unmittelbarer Anschlüsse an den Ubergangspunkten sind selbst dringende Sendungen oft 4 bis 5 Tage unterwegs, bevor sie den Bestimmungsort erreichen. Diese zurzeit unabweisbaren Verhältnisse bilden eine große Gefahr für Pakete mit leicht verderblichem Inhalt und insbesondere mit lebenden Tieren. Es wird deshalb empfohlen, von der Versendung dringender Pakete bis auf weiteres abzusehen.

Δ Höchstpreisüberbreitung durch Zeitungsloster. In der Öffentlichkeit und in Interessentenkreisen wird vielfach die irrtümliche Auffassung vertreten, wegen Höchstpreisüberbreitung sei nur strafbar, wer einen Kauf zu höherem Preise als dem Höchstpreis endgültig abgeschlossen hat. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach § 4 Nr. 1 der Verordnung gegen Preistreibern vom 8. Mai 1918 eine vollendete Höchstpreisüberbreitung schon dann vorliegt, wenn jemand einen höheren Preis als den Höchstpreis fordert. Die höheren Strafen der genannten Verordnung (Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu 200.000 Mark oder eine dieser Strafen, bei wiederholtem Rückfall sogar Zuchthaus und Geldstrafe bis zu 500.000 Mark, außerdem Einziehung der Vorräte, auf die sich die Straftat bezieht, Überweisung der bürgerlichen Ehrenrechte und Veröffentlichung der Verurteilung) treten also auch dann schon ein, wenn der den Höchstpreis übersteigende Preis nur in Zeitungslosterien gefordert oder die Ware zu solchem Preis in Zeitungslosterien angeboten wird.

Δ Menschenwürdige Lage der deutschen Gefangenen auf Malta. Laut fester Meldung befinden sich noch 1160 deutsche Zivil- und Kriegsgefangene, darunter viele Afrikaner, Leute von der „Emden“ und „Pretoria“ auf Malta in unerträglichen Verhältnissen. Während sämtliche Österreicher entlassen wurden, erhalten nur solche Deutsche, die bemittelt sind, die

Gefangenen der Rückkehr über Italien. Die Lage der Gefangenen ist fälschlich. Die Armen griffen sogar zum Hungerstreik. Wenige tausend Pfund Sterling wurden zur Lebenserhaltung aller über Italien ausgereicht.

Δ Aufhebung der kommunistischen Zentrale in Mittelniederschlesien. Die Polizeibehörde hatte am Freitag eine Anzahl Kommunisten verhaftet. Auf Grund dieser Festnahmen wurde am Sonnabend eine Durchsuchung in einem Restaurant der Hofstraße im Südviertel vorgenommen, wobei kommunistische Flugblätter, Altkalender und Kassenbücher sowie auch einige Stempel vorgefunden und beschlagnahmt wurden. Es stellte sich dann später heraus, daß man die lange gesuchte kommunistische Zentrale für Mittelniederschlesien entdeckt habe, die nunmehr aufgehoben wurde. Sämtliche im Bureau lagernden Papiere wurden beschlagnahmt.

Δ Eisenbahnunfall bei Men-Tschin. Sonntag nacht fuhr eine von Briesen nach Frankfurt a. O. fahrende Lokomotive auf einen von Men-Tschin kommenden Güterzug infolge Uebereinstimmung eines Halt zeigenden Ausfahrtsignals auf. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt, diese, sowie über zehn Wagen, die hierbei in Brand gerieten, sind entgleist. Sechs Zugbeamte sind verletzt, darunter drei erheblich.

Δ Schießereien zwischen den Bundesgenossen. In Charleroi (Belgien) kam es in der Nacht auf Sonntag zu einer Schießerei zwischen einer englischen Patrouille und belgischen Soldaten, wobei ein belgischer Bürger verwundet und ein belgischer Soldat getötet wurde.

Kleine Nachrichten.

• Auf dem Flugzeugschiff „Berlin“ ist bei einer Notlandung im Nebel der Hauptmann a. D. Bruno Robert Wagner von Boigt tödlich verunglückt.

• In Krakau wurden einige französische Offiziere von Banditen überfallen. Die Offiziere erwiderten das Feuer, und es entstand eine förmliche Schlacht, deren Resultat schwerverletzte auf beiden Seiten waren.

Letzte Nachrichten.

Das Transport-Problem.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Unsumme der Witterung beeinträchtigt in immer größerem Maße den Eisenbahnverkehr und droht, die Versorgung, die in den letzten beiden Wochen für die Kohlenabfuhr aus den großen Revieren an der Ruhr und in Oberschlesien eingetreten war, zunichte zu machen. Bereits am Sonnabend machte sich eine kleine Verschlechterung in der Wagenstellung bemerkbar. Am Montag war es noch möglich, an der Ruhr 17.000 Wagen (einige hundert mehr als rechtzeitig angefordert) und in Oberschlesien 6500 Wagen für Kohle, Holz und Brekett zu stellen. Während in Oberschlesien sich die Bestände einigermaßen gehalten haben, ist an der Ruhr, wo der Eisenbahnverkehr besonders unter den Witterungsverhältnissen zu leiden hatte, der Bestand an Leerwagen erheblich zurückgegangen, so daß auch die Wagenstellung in den nächsten Tagen ungenügend beeinflusst werden wird. Die starken Rückstände, die durch die Witterung im ganzen Eisenbahnverkehr entstanden sind, und die überall auftretenden großen Zugverspätungen haben auch eine erhebliche Verlangsamung des Umlaufs der beladenen Güterwagen zur Folge, so daß die bessere Verladung in den letzten beiden Wochen sich in den Empfangsgebieten nicht so schnell bemerkbar machen kann.

Die erste Sitzung des Reichskohlenrats. Nachdem die erste Sitzung des Reichskohlenrats infolge der Verkehrsperre verschoben werden mußte, ist sie erneut zum 21. November anberaumt worden. Der Reichskohlenrat wird sich außer mit Fragen der Geschäftsordnung auch mit der Wahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter für den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, mit der Frage der Bergarbeiterwohnungen mit den Richtlinien über die Kohlenwirtschaft und mit der Regelung der Einfuhr ausländischer Kohle zu befassen haben.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schlichtbach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Millionär-Bienhof, Bethel bei Bielefeld. Postfachkonto 7382 Hannover.

Weihnachten in Bethel.

Je dunkler die Zeit und je mehr sich Lasten und Leiden häufen, desto nötiger brauchen wir alle einen Sonnenstrahl der Liebe, die durch das Kind von Bethlehem in die Welt gekommen ist. Wer möchte solches Licht nicht vor allem denen gern bringen, die durch Krankheit oder Einsamkeit besonders leiden müssen!

Fast 4500 Kranke aller Art, darunter mehrere hundert schwererwundete und zum Teil aus langer Gefangenschaft heimgekehrte Soldaten wollen wieder in den Häusern von Bethel Weihnachten feiern.

Wer hilft uns, ihnen eine Freude zu bereiten? Alles ist uns willkommen, besonders Kleidungsstücke, Spiele, Bilder, Bücher, Zigarren und Tabak oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreut. Je eher die Gaben in unserer Hand sind, um so lieber ist es uns!

Allen Freunden von Bethel sendet dankbare Weihnachtsgrüße
F. v. Rodelschwingh, P.

Bethel bei Bielefeld, im November 1919.

Postfachkonto: 1904 Hannover.

Verkauf von Kokosfett an werdende Mütter.

Werdende Mütter (12 Wochen vor der Entbindung) erhalten in dieser Woche gegen Abgabe der 2 Marken Nr. 4 der bis zum 23. November d. J. gültigen grünen Einfuhrzulasskarte und Vorzeigung der blauen Ausweisarte der Mütterberatungsstelle:

1/2 Pfund Kokosfett zum Preise von 5.25 M.

Der Verkauf findet am Donnerstag, den 20. November in den bekannten Schlachtereien statt.

Magistrat Bielefeld.

Preise für Kokosfett.

Wie bereits gestern unter „Stadt. Lebensmittelverkauf“ bekannt gemacht, erhalten die Einwohner des Stadtkreises am Donnerstag, den 20. d. M. (nicht Dienstag) gegen Abgabe des Abschnitts Nr. 5 der Einfuhrzulasskarte 100 Gr. Kokosfett.

Der Verkaufspreis stellt sich auf 10,50 M für 1 Pfd. oder 2,10 M für 100 Gr.

Magistrat Bielefeld.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller sachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

W. H. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 18.
Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

Es liegt in Ihrem Interesse

bei Bedarf von weiblichem Haus- oder Küchenpersonal

im Aufwärts zu inserieren.

Besseres Einfamilienhaus

neuzugleich eingerichtet, mit Garten in ruhiger Lage Bielefelds zu kaufen gesucht. Wird frühestens 1. 10. 20 bezogen.

Gest. Angebote unter C. W.

an die Geschäftsst. d. Anwärter

Zur Erwerbsgründung

5000 chemisch-technische Rezepte Nr. 10—, 1000 chemisch-technische Rezepte Nr. 6—, zusammen Nr. 15—. Beide Werke von Chemikern 1. Ranges (wegen Nachnahme L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung Berlin FA 14, Anhalterstr. 24.)



Die Uhr der Zukunft

ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchttafel versehen werden.

Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Werbet für die Zeitung